

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS
Hauptverhandlung

Schruns, am 13.03.1978

Verhandlungsschrift

über die am Montag, dem 06.03.1978 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 26. Öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bgm. Wekerle Harald als Vorsitzender.
Vbgm. Brugger Georg, die Gemeinderäte
Schmidt Karl, Ganahl Edmund, Dügler Rudolf
und Tomaselli Oskar.
Die Gemeindevertreter bez. Ersatzmänner
Vonbank Peter, Dr. Sander Hermann,
Kieber Ludwig, Haumer Rudolf, Schnetzer Ludwig,
Netzer Fritz, Hueber Guntram
und Vonier Eugen für die ÖVP.
Hutter Josef, Schönborn Eleonore,
Mühlbacher Herbert und Bitschnau Arnold
für die ORTSPARTEI.
Zangerle Armin, Kessler Emil und Dipl. Ing.
Eder Albert für die SPÖ.
DDr. Bertle Heiner und Tschann Werner
Für die FPÖ.
Referent: Gde. Kassier Fenkart Karl.
Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: Ing. Marosch
Manfred, Dipl. Ing. Kieber Herbert und
Dkfm. Piske Jürgen.

Die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Erledigte

Tagesordnung:

- 1.)
 - a) Voranschlag der Marktgemeinde Schruns für das Jahr 1978;
 - b) Gemeindeeigene Steuern, Gebühren und Abgaben für 1978;
 - c) Darlehensaufnahmen.
- 2.) Auflassung der Mülldeponie im Rafanegg und gemeinsamer Betrieb mit der Gemeinde Tschagguns.
- 3.) Berichte des Bürgermeisters.

Zu 1.)

a) In seinen Ausführungen zum Voranschlag 1978 verweist der Vorsitzende auf die stattgefundenen Sitzungen des Gemeindevorstandes und die abschließende Sitzung des Gemeindevorstandes unter Hinzuziehung des Finanzausschusses. Er erläutert im weiteren die Schwerpunkte im Einnahmen- und Ausgabenbereich, die Aufwendungen für Zinsendienst und den Schuldenstand. Anschließend werden die Einnahmen- und Ausgabensätze nach den Voranschlagsgruppen verlesen, die hiezu gestellten Anfragen vom Vorsitzenden bzw. Gemeindegassier beantwortet.

Gruppe 0:

GV. Kessler Emil erkundigt sich über das weitere Vorgehen bezüglich der Verkehrsplanung im Rahmen des Flächenwidmungsplanes. Der Vorsitzende erklärt hiezu, daß eine Detailplanung mit heimischen Fachleuten kostengünstig fortgesetzt werden soll.

GV. Mühlbacher Herbert erachtet die Feuerwehersatzsteuer mit S 25,-- pro Jahr [als] zu gering.

Hiezu erklärt der Vorsitzende, daß dieser Betrag durch Landesgesetz festgelegt ist und seitens der Gemeinde nicht erhöht werden kann.

Gruppe 1:

GV. DDr. Bertle Heiner stellt die Anfrage, ob für die Marktgemeinde Schruns die Notwendigkeit einer Sicherheitswache (Gemeindepolizei) gegeben ist.

Diese Frage wird vom Vorsitzenden dahingehend beantwortet, daß außer den Verkehrs- und Meldekontrollen auch umfangreiche Verwaltungsarbeiten (Erhebungen für Gerichte und andere Verwaltungsbehörden) von den beiden Sicherheitswachebamten zu erledigen sind. Außer den Städten und Marktgemeinden Vorarlbergs haben auch einzelne kleinere Gemeinden ein Sicherheitswacheorgan.

Gruppe 2:

GV. Kessler Emil stellt die Frage, ob in diesem Budgetansatz auch ein Betrag zur Unterstützung des Elternvereines an der Volksschule Schruns enthalten sei.

Der Vorsitzende erwidert, daß dies bei der vorgesehenen Größenordnung der Fall ist.

GV. DDr. Bertle Heiner ersucht um Aufklärung, warum die Kunsteistbahn bei Plustemperaturen nicht betriebsfähig ist.

Hiezu teilt der Vorsitzende mit, daß eine Untersuchung durch einen neutralen Fachmann veranlasst wird, um eventuelle Regreßansprüche an das Planungsbüro stellen zu können.

GV. Dr. Sander Hermann gibt ergänzend bekannt, daß durch einen Monteur der Fa. Symak die Leistungsfähigkeit der Kälteaggregate neu eingestellt wurde und der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte.

Gruppe 3:

GV. Haumer Rudolf berichtet, daß die Materialkosten für den Ausbau des Untergeschosses des Musiklokales ca. S 200.000,-- betragen. Die Arbeitsleistungen werden von der Harmoniemusik selbst erbracht. Die im Budget vorgesehenen S 80.000,-- werden als Teilbetrag für das Jahr 1978 zum Materialankauf verwendet.

Gruppe 4:

GR. Schmidt Karl fragt an, ob die Spende eines Feriengastes an das Altersheim für eine Kaffeejause mit den Insassen verwendet wurde.
Der Vorsitzende versichert, daß dies in nächster Zeit nachgeholt werde.

Gruppe 5:

Keine Debatte.

Gruppe 6:

GV. Haumer Rudolf bemängelt, daß der Arbeiterstand für den Bauhof nicht reduziert wurde.

Gruppe 7:

GR. Schmidt verweist auf die Personaländerung im Verkehrsamt durch die Kündigung von Stüttler Marianne.
Der Vorsitzende teilt mit, daß dieses Problem im Gemeindevorstand beraten werde.

GV. Schönborn Eleonore und GV. DDr. Bertle Heiner vertreten die Meinung, daß die Vergabe der Gärtnerarbeiten an ein privates Unternehmen billiger käme und diesbezügliche Anbote eingeholt werden sollen.

Dies wird vom Vorsitzenden zugesagt. Er verweist jedoch darauf, daß im Bereich der Marktgemeinde Schruns keine größeren zusammenhängenden Betreuungsflächen vorhanden sind und die vielen kleineren Blumenanlagen einen dementsprechenden Arbeitsaufwand erfordern.

Bezüglich der hohen Baukosten für das „Haus des Gastes“ macht GV. Vonbank Peter darauf aufmerksam, daß beim Wirtschaftsförderungsinstitut in Bludenz Fachleute für Energieverbrauchskontrollen zur Verfügung stehen.

Gruppe 8:

DDr. Bertle Heiner verweist darauf, daß Anteilskosten für das Grundwasserpumpwerk (Betrieb der Wärmepumpe) an den Hauptschulverband zu verrechnen wären.

Gruppe 9:

Der Vorsitzende berichtet, daß durch den Brand des Löwenhotels ein Entfall an Gemeindesteuern von ca. S 1.500.000,-- angenommen werden muß. Eine Änderung des Voranschlages erachtet er jedoch als nicht notwendig, da laut einer Aussprache mit den Herren Direktoren Dr. Raich und Dr. Peter der Vorarlberger Illwerke AG mit Mehreinnahmen an Gewerbesteuer von der VIW AG. In Höhe von S. 1.200.000,-- gerechnet werden kann.

GR. Tomaselli Oskar kritisiert, daß der Schlüssel für Sozialhilfe und Landesumlage nicht geändert wurde.

Hiezu meint der Vorsitzende, daß keine Änderungen zu erwarten sind. Der Großteil der Vorarlberger Gemeinden würde bei einer Änderung des Sozialhilfeschlüssels schlechter abschneiden, weshalb seitens des Gemeindeverbandes keine diesbezüglichen Initiativen zu erwarten sind. Bezüglich der Landesumlage müsse man bedenken, daß diese im Wege der besonderen Bedarfszuweisungen wieder an die Gemeinden zurückfließen.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses liegt somit nachfolgender Voranschlag 1978 zur Abstimmung vor:

Einnahmen der Erfolgsgebarung	S 53.429.000,--
Einnahmen der Vermögensgebarung	S 16.374.000,--
Einnahmen der Haushaltsgebarung	S 70.703.000,--
Entnahme aus Kassabeständen	S 187.000,--
Kredit in laufender Rechnung	S 2.500.000,--
Haushaltsumsatz	S 73.390.000,--
Ausgaben der Erfolgsgebarung	S 45.181.000,--
Ausgaben der Vermögensgebarung	S 28.209.000,--
Ausgaben der Haushaltsgebarung	S 73.390.000,--
	=====

In der Schlußdiskussion zum Voranschlag bringt GR. Schmidt Karl vor, daß eine Ausweitung des Budgets zukünftig nicht mehr zu verkraften wäre. Die steuerliche Belastung für das Gewerbe habe die Grenze des Erträglichen erreicht. Sparsamkeit sie daher für die Gemeinde das oberste Gebot.

GR. Tomaselli Oskar verweist darauf, daß die Erhöhung des Hebesatzes bei der Gemeinde schwere Auswirkungen habe, da die Einheitswerte und Steuermeßbeträge periodisch seitens des Finanzamtes erhöht werden.

GV. DDr. Bertle Heiner bemängelt, daß die Geldmittel aus den Erhöhungen in Schuldentilgung und Fremdenverkehrsausgaben fließen und daher nur einem bestimmten Bevölkerungsteil nützlich sind.

GR. Ganahl Edmund bezeichnet die Budgetsituation als prekär. Er betont jedoch, daß die Investitionen in den Fremdenverkehr für die Gemeinde und den einzelnen Bürger sinnvoll waren, wenngleich

die zeitlich gedrängte Realisierung verschiedener Projekte auch ein Grund für die derzeitige Finanzlage sei. Er verweist auf Personalausweitungen in den verschiedenen Bereichen und sieht auch eine Möglichkeit verschiedener Kostenersparnisse. Der Aufruf zur Sparsamkeit müsse beachtet und ein längerfristiger Finanzplan erstellt werden.

GR. Düngler vertritt den Standpunkt, daß auch innerhalb der Fraktionen Überlegungen zu Sparmaßnahmen zu treffen wären.

GV. Dr. Sander Hermann macht darauf aufmerksam, daß in den Ausschüssen „Sport“ und „Kultur“ die Voranschlagssätze auf die unbedingten Notwendigkeiten beschränkt wurden und daß auch beim Krankenhaus „St. Josefsheim“ keine weiteren Einsparungen mehr möglich sind. Bezüglich der Musikschule bedürfe es allerdings noch weiterer Überlegungen.

Abschließend wird der Voranschlag 1978 in der vorliegenden Form stimmenmehrheitlich beschlossen. Gegenstimmen: Kessler Emil, Zangerle Armin und DDr. Bertle Heiner. Die Ablehnung wird mit den dem Voranschlag zugrundeliegenden Steuererhöhungen begründet.

b) Der Vorsitzende gibt bekannt, daß gegenüber dem Jahre 1977 nachfolgende Änderungen in der Einhebung von gemeindeeigenen Steuern, Gebühren und Abgaben vorgesehen sind.

1) Grundsteuer a) und b) – Erhöhung des Hebesatzes von 300% auf 400 %.

2) Einhebung der Getränkesteuer für Speiseeis ab 01.05.1978.

3) Reduktion der Pauschalgästetaxe bei Ferienhäusern und Zweitwohnungen, welche ausschließlich der Eigennutzung dienen und keine Vermietung stattfindet, von 100 Nächtigungen auf 80 Nächtigungen pro Jahr.

Wie der Vorsitzende weiter dazu ausführt, ist die Erhöhung des Hebesatzes bei den Grundsteuern a) und b) sowie die Einhebung der Getränkesteuer für Speiseeis aus budgetären Gründen unbedingt notwendig und wurde seitens der Landesregierung bzw. des Landesrevisionsamtes schon wiederholt dringend empfohlen. Die Reduktion der Gästetaxepauschale im vorgegebenen Fall sei ebenfalls notwendig, weil 100 Nächtigungen pro Bett in einer Zweitwohnung kaum realisierbar seien.

Über Antrag von GR. Tomaselli Oskar wird über die einzelnen Änderungen gesondert abgestimmt.

1) Erhöhung der Grundsteuer a) und b) von 300% auf 400%.

Stimmenmehrheitliche Beschlussfassung. Gegenstimmen – Hutter Josef, Mühlbacher Herbert, Bitschnau Arnold, Düngler Rudolf, Kessler Emil, Zangerle Armin, Dipl. Ing. Eder Albert, Tomaselli Oskar und DDr. Bertle Heiner.

2) Einhebung der Getränkesteuer auf Speiseeis.

Stimmenmehrheitliche Beschlußfassung. Gegenstimmen – Bitschnau Arnold, Tomaselli Oskar und DDr. Bertle Heiner.

3) Reduktion der Gästetexepauschale von 100 auf 80 Nächtigungen für alle Ferienwohnungen, die nicht vermietet werden.

Stimmenmehrheitliche Beschlußfassung. Gegenstimme – Kessler Emil.

4) Gleichbelassung aller anderen Steuern, Gebühren und Abgaben wie im Jahre 1977.

Einstimmige Beschlussfassung.

c) Die im Rahmen des Voranschlages 1978 notwendigen Darlehens- und Kreditaufnahmen werden einstimmig beschlossen:

1) Darlehen beim Wasserwirtschaftsfonds	S 1.700.000,--
2) Aufnahme eines Kontokorrentkredites	S 1.500.000,--
3) Darlehen von Bitschnau Elsa – Restsumme aus Grundkauf	S 1.900.000,--

Zu 2.)

Der Vorsitzende gibt einen Überblick über die derzeitige Situation bezüglich der Mülldeponie in Rafanegg und verweist darauf, daß die Ablagerungsmöglichkeit, bedingt durch den Brandschutz vom Löwenhotel nur mehr sehr kurze Zeit gegeben ist. Eine Erweiterung und Weiterführung der Deponie wird behördlich nicht mehr gestattet. Begründet wird das Verbot mit den Gesetzen des Naturschutzes, des Wasserschutzes und des Lawinenschutzes. Alle Anwesenden haben einen Entwurf für eine Vereinbarung mit der Gemeinde Tschagguns über die gemeinsame Müllablagerung auf der Tschaggunser Mülldeponie erhalten.

Dieser Entwurf basiert auf einem Gemeindevertretungsbeschluß der Gemeinde Tschagguns.

GV. DDr. Bertle Heiner gibt zu bedenken, daß die Deponie in Tschagguns grundwasserrechtlich nicht genehmigt ist und aufgrund der Grundwasserströmungen eine Gefahr auch für Schrunser-Feld gegeben erscheint. Er habe mit GV. Vonbank Peter Grundstücke besichtigt, welche für die Neuanlage einer gemeinsamen Deponie für Schruns und Tschagguns Möglichkeiten bieten und beantragt eine eingehende Überprüfung dieser Pläne.

Aufgrund der gegebenen Sachlage wird eine Entscheidung über die gemeinsame Mülldeponie in Tschagguns vertagt.

Zu 3.)

Der Vorsitzende berichtet:

a) Über den Brand des Löwenhotels und verliest ein Schreiben der Zentrumspark Ges.m.b.H. & Co.KG. an alle Gesellschafter, in welchem der Stand der Ermittlungen über die Brandursache, die technische Überprüfung des Brandobjektes und den gegebenen Versicherungsschutz berichtet wird.

- b) über die Vorbereitungen und den Programmentwurf zur 50-Jahrfeier „Markterhebung Schruns“;
- c) über eine beim Stand Montafon stattgefunden Besprechung mit den VIW über die beabsichtigte Errichtung des Walgau-Kraftwerkes;
- d) über eine Sitzung beim Stand Montafon bezüglich einer Adaptierung des Bezirksgerichtes Montafon im Falle einer entsprechenden Zusage für den Weiterbestand des Gerichtes;
- e) über die Sitzung des Verwaltungsausschusses des Hauptschulverbandes Außermontafon und die hierbei gefassten Beschlüsse bezüglich Wärmepumpe und Fußbodenheizung.

Gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen 25. Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung: 0.30 Uhr

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

GSekr.

Bürgermeister